



Newsletter

Nr. 38/2026

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

in der vergangenen Sitzungswoche haben wir weiter daran gearbeitet, wichtige Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen. Mit der Frühstartrente haben wir im Bundestag einen wichtigen Grundstein für die Altersvorsorge künftiger Generationen gelegt. Auch bei den weiteren Reformen kommt es darauf an, Leistung anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass sich Arbeit und die Übernahme von Verantwortung lohnen. Wir wollen Familien stärken, denn wer Kinder bekommt und erzieht, verdient Unterstützung und gute Rahmenbedingungen. Gleichzeitig müssen wir das Leben bezahlbarer machen – durch eine Senkung der Stromsteuer, einfacheres und günstigeres Bauen sowie den Abbau unnötiger Bürokratiekosten.

Auch die Gerechtigkeit in unserem Sozialstaat steht im Mittelpunkt. Wir wollen die Grundprinzipien unseres Sozialstaats stärken und die Sozialbeiträge stabilisieren. Dabei gilt: Wer nicht arbeiten kann, muss die Unterstützung erhalten, die er braucht. Wer arbeiten kann, soll seinen Beitrag leisten. Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen. Ebenso wichtig ist es, Sicherheit in all ihren Dimensionen zu gewährleisten: Wir schützen die Menschen vor Bedrohungen von innen und außen, aber auch vor sozialem Abstieg. Dazu gehört ein Aktionsplan gegen Sozialleistungsmissbrauch genauso wie eine klare Migrationspolitik, die die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern vorsieht.

Unser Anspruch ist klar: Gute Politik muss im Alltag der Menschen ankommen. Sie muss verlässlich, nachvollziehbar und gerecht sein. Leistungs- und Generationengerechtigkeit, Ordnung und Sicherheit sind der Maßstab, an dem jede Entscheidung gemessen werden muss.

Viel Spaß beim Lesen!

Jhr
Nina Warken

Deutschland einfach machen!

Vor einem Jahr haben wir uns gemeinsam darauf verständigt, unseren Staat einfacher, digitaler und leistungsfähiger zu machen. Er soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und Bürgerinnen, Bürgern sowie Unternehmen schnell und verlässlich zur Seite stehen. Geschwindigkeit und Handlungsfähigkeit sind in der heutigen Zeit entscheidend, denn lange Verfahren binden Kräfte, bremsen Investitionen und schwächen das Vertrauen in unsere Demokratie.



Bildquelle: Xander Heint

Ein Jahr nach dem Beschluss unserer Modernisierungsagenda ziehen wir eine Zwischenbilanz. Von den 80 Maßnahmen sind 62 in Umsetzung. Sieben wurden bereits erfolgreich abgeschlossen. Fünf der 23 besonders wirksamen Hebelprojekte sind bereits vollendet. Ich möchte Ihnen anhand einiger Beispiele verdeutlichen, wie diese Fortschritte für Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und Kommunen spürbar und wirksam werden:

- Um Wohnraum zu schaffen, verkürzt und vereinfacht der Bau-Turbo Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Führerschein und Fahrzeugpapiere wandern ins Smartphone – erst über i-Kfz-App, bald über unsere digitale Brieftasche d-you.
- Das Kindergeld wird künftig ohne Antragstellung ausgezahlt. Das vereinfachte Verfahren soll schrittweise ab Frühjahr 2027 zur Verfügung stehen.
- Die Bundesregierung hat für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch die Entlastungskabinette bereits 10,4 Milliarden Euro Entlastung auf den Weg gebracht.

Es liegt noch ein Weg vor uns. Staatsmodernisierung ist eine langfristige Aufgabe, die konsequent weiterverfolgt werden muss. Weitere Gesetzesvorhaben, die den Bürokratierückbau erheblich voranbringen, sind bereits geplant.

Sportlicher Besuch im Bundeskanzleramt

Die U15-Fußballmannschaft des Nicolaus-Kistner-Gymnasiums Mosbach hatte sich mit einem starken Auftritt im Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ den Sieg auf Landesebene in Baden-Württemberg gesichert. Damit qualifizierte sich das Team rund um den Trainer und Sportlehrer Sebastian Schiller für das bundesweite Finale des Wettbewerbs, das vom 16. bis 18. September in Berlin stattfand. Kurzerhand lud ich die Sportler zu einem Besuch bei mir im Bundeskanzleramt ein. Auch wenn die NKG-Fußballer in den Finalspielen leider nicht mehr punkten konnten, ist es eine großartige Leistung, Baden-Württemberg beim Bundesfinale in Berlin vertreten zu dürfen.



Bildquelle: Büro Warken

Frühstartrente – Startkapital für die private Altersvorsorge



Bildquelle: Tobias Koch

nahtlos in ein reguläres Altersvorsorgedepot überführt und weiter bespart werden. Durch die Anlage am Kapitalmarkt können so bis zum Renteneintritt ohne zusätzliche Einzahlungen der Eltern bis zu 53.000 Euro und mit zusätzlich 50 Euro monatlich von den Eltern über 300.000 Euro angespart werden. Auch Kinder und Jugendliche, deren Eltern kein Altersvorsorgedepot eröffnen, sollen profitieren.

Für sie gibt es eine kollektive Anlage. Über die kommenden Jahre werden auch nachfolgende Jahrgänge in die Förderung aufgenommen. Mit der Frühstartrente setzen wir auf Eigenverantwortung bei gleichzeitiger Stärkung von finanzieller Bildung. Wir verringern die Abhängigkeit von der gesetzlichen Rente und schaffen herkunftsunabhängig die Möglichkeit, die Chancen des Kapitalmarktes zu nutzen.

Früh anfangen lohnt sich. Wer schon als Kind Vermögen aufbaut, profitiert jahrzehntelang vom Zinseszinsseffekt. Mit der in dieser Woche beschlossenen Frühstartrente erhalten Kinder diese Chance auf Vermögensaufbau.

Mit der Frühstartrente wurde in dieser Woche ein Gesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet, welches wir als Union bereits im Wahlkampf gefordert haben. Rückwirkend zum 1. Januar 2026 erhalten Kinder die Möglichkeit, mit staatlicher Unterstützung früh Vermögen aufzubauen und so für die eigene Rente vorzusorgen. Alle Kinder erhalten ab dem sechsten Geburtstag, beginnend mit dem Geburtsjahrgang 2020, monatlich zehn Euro vom Staat, das durch die Eltern in ein individuelles, kapitalgedecktes, privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot eingezahlt wird. Die Förderung endet mit dem 18. Geburtstag. Danach kann das Frühstart-Depot

Von Odenwald-Tauber nach Berlin!



Bildquelle: Büro Warken

Vielen Dank für den Besuch und das Interesse an meiner Arbeit! Ich freue mich, wenn Sie viele spannende Eindrücke aus Berlin mit zurück in die Heimat nehmen!

In dieser Woche durfte ich wieder eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Es freut mich immer sehr, Menschen aus unserer Heimat hier in der Hauptstadt willkommen zu heißen und ihnen einen Einblick in meine politische Arbeit zu geben.

Im Rahmen der BPA-Fahrt organisiert das Bundespresseamt (BPA) eine abwechslungsreiche Informations- und Bildungsreise nach Berlin. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger werden hierfür durch ihren Bundestagsabgeordneten eingeladen. Auf dem Programm standen unter anderem eine Führung und ein persönlicher Austausch im Bundeskanzleramt, der Besuch einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag mit anschließendem Blick von der Kuppel sowie ein Gespräch in der Landesvertretung Baden-Württemberg.

Tag der Deutschen Einheit



Bildquelle: Bundesregierung/Laurin Schmid

„Viele Stärken – Ein Land“ – unter diesem Motto feierten wir 36 Jahre nach der Wiedervereinigung den Tag der Deutschen Einheit in Bremen. Wir feiern, was wir gemeinsam erreicht haben: Freiheit, Einheit und Selbstbestimmung. Diese Werte machen unser Land aus und verdienen unseren Einsatz. Denn Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder geschützt werden, gegen Extremismus, politische Gewalt und Menschenfeindlichkeit, von rechts wie von links.

Einheit heißt deshalb mehr als ein gemeinsamer Staat: Sie heißt, gemeinsam frei zu sein, Verantwortung zu übernehmen und unsere demokratische Ordnung zu schützen. Das tun wir konsequent – gerade in aufgeregten Zeiten wie diesen.

Liobafest in Tauberbischofsheim



Bildquelle: Büro Warken

Beim Liobafest in Tauberbischofsheim haben wir gemeinsam mit Erzbischof Stephan Burger gefeiert und damit eine Tradition lebendig gehalten, die Tauberbischofsheim seit 1945 prägt.

Das Liobafest erinnert an die heilige Lioba, die im 8. Jahrhundert nach Tauberbischofsheim kam, um ein bedeutendes Frauenkloster zu leiten. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 wird in Tauberbischofsheim das Liobafest begangen und soll daran erinnern, dass die Stadt von den Zerstörungen des Krieges weitgehend verschont blieb. Aber vor allem ist dieser Tag ein Fest der Begegnungen, das Menschen aus der ganzen Stadt zusammenführt.

Bundesförderung für das Umpfertalbad in Boxberg



Bildquelle: Tobias Koch

Aus dem Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Schwimmbäder" fließen 765.000 Euro in meinen Wahlkreis. Konkret erhält in diesem Jahr die Stadt Boxberg eine Förderung für die Sanierung des Umpfertalbades. Diese Förderung ist ein entscheidender Schritt, um das Umpfertalbad langfristig zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern aus Boxberg und Umgebung ein modernes und vielseitig nutzbares Freibad bereitzustellen.

Insgesamt gingen etwa 939 Interessenbekundungen beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein, das mit der Umsetzung des Bundesprogramms beauftragt ist. Mit einer beantragten Gesamtfördersumme von etwa 3,2 Milliarden Euro war der Projektaufruf fast 13-fach überzeichnet. In dieser zusätzlichen Tranche im Rahmen des Sanierungsprogramms kommunaler Sportstätten standen allein zur

Sanierung von Schwimmbädern 250 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung. Damit unterstützt der Bund gezielt Kommunen, dem Sanierungsstau wirkungsvoll zu begegnen. Ziel ist es, damit auch weitere Investitionen vor Ort zu hebeln.

Jetzt bewerben! Landesmusikort des Jahres 2027



Bildquelle: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann

In meinem Wahlkreis gibt es viele engagierte Musikerinnen und Musiker, Vereine und Initiativen, die mit großem ehrenamtlichem Einsatz unser kulturelles Leben bereichern. Ich möchte deshalb ausdrücklich dazu ermutigen, diese Arbeit sichtbar zu machen und sich für den „Landesmusikort des Jahres 2027“ zu bewerben.

Für die drei besten Bewerbungen werden Bundespreise in Höhe von 18.000 Euro, 10.000 Euro und 6.000 Euro vergeben. Zusätzlich werden zehn Förderpreise mit jeweils 2.000 Euro ausgelobt. Die Preisgelder können für neue musikalische Projekte eingesetzt werden und sollen dazu beitragen, erfolgreiche Strukturen weiterzuentwickeln und dauerhaft zu stärken.

Bewerben können sich ländliche Kommunen mit bis zu 12.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Bewerbung muss durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister oder eine entsprechende Ortsvertretung unterstützt werden.

Die Bewerbungsfrist läuft bis 31. Januar 2027. Weitere Informationen gibt es hier: <https://bundesmusikverband.de/landmusikort/>

Um Kulturakteure im Wahlkreis regelmäßig über aktuelle Ausschreibungen, Förderprogramme und Fristen zu informieren, bietet mein Büro ein monatliches Kulturbriefing an. Interessierte können sich per E-Mail an nina.warken@bundestag.de wenden, um in den Verteiler aufgenommen zu werden.

Bundesförderung für die Johannes-Diakonie Mosbach



Bildquelle: CDU Deutschlands/Markus Schwarze

Die Johannes-Diakonie Mosbach hat sich erfolgreich um Fördermittel aus dem Bundesprogramm „DiBiRe“ beworben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unterstützt mit dem Programm innovative Projekte, die digitale Bildungsangebote und eine barrierefreie digitale Infrastruktur in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation voranbringen.

Bei der Johannes-Diakonie Mosbach sollen die Fördermittel für KI-gestützte Bewerbertrainings eingesetzt werden. Junge Menschen mit Behinderungen können damit Bewerbungssituationen realitätsnah üben und ihre Kompetenzen in Gesprächsführung, Bewerbungskommunikation und Selbstpräsentation stärken. Ziel ist es, ihnen mehr Sicherheit für den Einstieg in Ausbildung und Arbeit zu geben und damit ihre beruflichen Chancen zu verbessern. Ich freue mich sehr, dass die wertvolle Arbeit der Johannes-Diakonie gefördert wird!

Fotogalerie



Bildquelle: Marcel Ditrich

Landesdelegiertentag der Frauen Union in Heubach



Bildquelle: Anika Nowak

Sitzung des CDU Präsidiums



Bildquelle: Büro Warken

Treffen mit Dr. Achim Brötzel und Thomas Strobl MdL

Neues Kulturbriefing im Wahlkreis



Bildquelle: Tobias Koch

Um Kulturakteure im Wahlkreis regelmäßig über aktuelle Ausschreibungen, Förderprogramme und Fristen zu informieren, bietet mein Büro ein monatliches Kulturbriefing an. Interessierte können sich **per E-Mail an nina.warken@bundestag.de** wenden, um in den Verteiler aufgenommen zu werden.

IMPRESSUM